

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes vom 10.12.2011

### **Aktuelles / Aus den Gremien**

Es erfolgt eine Auswertung der am Vortag stattgefundenen Beratung der Kreisgeschäftsführer sowie Betriebsversammlung aller Beschäftigten. Der Landesvorsitzende informiert über die ausgeschriebene Stelle in der Landesgeschäftsstelle (siehe [www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de)).

Nach Informationen über die abgebrochene Kreistagssitzung in Vorpommern-Greifswald erfolgt eine Diskussion über den weiteren Umgang mit der NPD in den Parlamenten. Es bedarf hierbei weiterer Anstrengungen aller demokratischen Parteien.

Der Landesvorstand verständigt sich aus aktuellem Anlass über die Situation in der Theaterlandschaft und zum Thema öffentliche Daseinsvorsorge. Dazu werden folgende Beschlüsse gefasst und als Pressemitteilungen veröffentlicht:

### ***DIE LINKE wendet sich gegen Orchesterschließungen in MV***

*In Mecklenburg-Vorpommern gibt es derzeit noch vier Theater und Orchester. Alle haben mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen zu tun. Die Landesregierung hat in der vergangenen Woche deutlich gemacht, dass sie einer Schließung von zwei der vier Orchester sehr offen gegenüber steht.*

*Der Landesvorstand der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern hat sich auf seiner Tagung erneut mit der Situation der Kultur im Nordosten befasst und sich klar für den Erhalt aller Theater und Orchester ausgesprochen. Der Landesvorsitzende Steffen Bockhahn sieht Bildungsminister Brodkorb in der Pflicht: "Die Landesregierung muss zu ihrer Verantwortung für die Kultur stehen, statt sie wieder an die Kommunen abzuschieben. Brodkorb ist in der Verantwortung, sich endlich persönlich an die Arbeit zu machen, um gemeinsam mit den Theatern und Orchestern über die Möglichkeiten und die Notwendigkeiten der Finanzierung zu sprechen."*

*Seit 17 Jahren wurden die Landesmittel zur Förderung von Theatern und Orchester nicht mehr angepasst und liegen bei 35,8 Millionen Euro. DIE LINKE unterstützt die derzeit laufende Volksinitiative "Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern" und ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 16. Dezember vor der Schweriner Staatskanzlei auf. Dort soll der Forderung noch einmal Nachdruck verliehen werden.*

### ***DIE LINKE will Wasserversorgung wieder in öffentlicher Hand***

*In der vergangenen Woche wurde der private Wasserversorger Eurawasser für 95 Millionen Euro verkauft. Das Unternehmen versorgt die Regionen Rostock, Schwerin, Güstrow und Bützow. DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern will diese Entwicklung nutzen, um die Rekommunalisierung der Wasserversorgung voran zu treiben. "Der Kaufpreis ist fast 15 mal höher als der letzte Jahresgewinn. Daher befürchten wir Nachteile für Kunden und Beschäftigte." sagt der Landesvorsitzende Steffen Bockhahn. "Der beste Schutz gegen negative Entwicklungen ist, wenn die Wasserversorgung wieder in öffentliche Hand und unter die Kontrolle der Parlamente*

kommt." stellt Bockhahn die Position der LINKEN dar.

*In einem am Wochenende gefassten Beschluss des Landesvorstandes heißt es dazu:  
"Öffentliche Unternehmen können und sollen eine nachhaltige Versorgung der Bevölkerung organisieren und dabei auch zu einer Stütze für die kommunalen Haushalte werden.  
Die Landesregierung sollte aus Sicht der LINKEN Bestrebungen von Kommunen unterstützen, die das Ziel haben, Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Die Möglichkeit einer Landesbeteiligung sollte ins Auge gefasst werden.  
In den vergangenen Jahren wurden in Mecklenburg-Vorpommern bereits mehrere Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge rekommunalisiert. Zuletzt auf Initiative der LINKEN die Rostocker Stadtentsorgung."*

### ***LINKE gratuliert Dr. Martina Bunge zum Menschenrechtspreis der GBM***

*Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) hat am heutigen Tag der Menschenrechte ihren Menschenrechtspreis an Dr. Martina Bunge verliehen. Damit soll ihr Engagement für den Osten Deutschlands gewürdigt werden. Gerade weil sie sich gegen Rentenungerechtigkeit, Ungleichheit in der Behandlung von Ost- und Westdeutschen sowie für soziale Sicherheit eingesetzt hat, wurde ihr der Preis verliehen.*

*Der Landesvorstand freut sich über die Anerkennung der Arbeit von Dr. Martina Bunge und gratuliert ihr zur Verleihung des Preises am heutigen Tag der Menschenrechte.*

*Dr. Martina Bunge ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie war von 1998-2002 die erste Sozialministerin der Partei in der rot-roten Koalition.*

H. Holter berichtet zur Arbeit der Landtagsfraktion in den vergangenen Wochen und dabei insbesondere über die Aktion gegen den Afghanistankrieg, die Theatertour und das Treffen der Kreistags- bzw. Stadtfraktionsvorsitzenden. Aus Letztgenanntem soll ggf. ein „Parlamentariertag“ in M-V entwickelt werden.

Es erfolgen Informationen aus den LAG ´en Demokratie und Recht sowie FORSCH, aus dem Europaparlament (Halbzeitbilanz), zum Mitgliederentscheid Programm und zur Geschichtskonferenz (Einsammlung der Redebeiträge zu deren Veröffentlichung schwierig).

Im Anschluss an die Informationen aus dem Parteivorstand bzw. aus der Sitzung der Landesgeschäftsführer schließt sich der Landesvorstand einstimmig folgendem Brief des Landesvorstandes Thüringen an den Parteivorstand an:

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

*der Landesvorstand der Partei DIE LINKE Thüringen hat am 22. November 2011 von der Beschlussfassung des Parteivorstandes zur Erstellung eines bundesweiten Mitglieder\_magazins Kenntnis erhalten und sich auf seiner Klausurberatung am 27. November mit entsprechender Beschlussfassung beschäftigt.*

*Der Landesvorstand Thüringen der Partei DIE LINKE ist entsetzt über die Arroganz, mit der sich der Parteivorstand mehrheitlich über den offensichtlichen Willen der meisten Landesverbände sowie von Bundesgremien (Antrag des Bundesfinanzrates) zu diesem Thema hinwegsetzt. Wir sind der Auffassung, dass eine solches Vorgehen der Parteiführung historisch überholt ist.*

*Aus diesem Grund bitten wir den Bundesausschuss der Partei DIE LINKE nachfolgende Punkte zu beraten und zu beschließen:*

- 1. Die Herausgabe eines Mitgliedermagazins kann nur nach Aufstellung eines Kommunikationskonzeptes der Partei insgesamt erfolgen, in dem neben elektronischen Medien auch die bereits bestehenden bundesweiten Publikationen (Disput), die Publikationen der Bundestagsfraktion sowie die Mitgliederzeitungen der Landesverbände zu berücksichtigen sind, um Doppelausgaben eines Mitgliedermagazins zu vermeiden.*
- 2. Der Finanzplan des Parteivorstandes wird bezüglich der Herausgabe eines Mitgliedermagazins abgelehnt.*
- 3. Die dafür eingestellten – und im Planentwurf des Bundesfinanzrates ausdrücklich nicht vorgesehenen – Ausgaben werden so, wie vom Bundesfinanzrat vorgeschlagen, dem zentralen Wahlkampffonds zugeführt.*
- 4. Bereits erfolgte Personalentscheidungen für die Herausgabe eines Mitgliedermagazins werden umgehend aufgehoben.*
- 5. Der Bundesausschuss lehnt alle Varianten eines Mitgliedermagazins ab, die nicht durch die Mehrheit der Landesverbände befürwortet werden.*
- 6. Der Bundesausschuss fordert den Parteivorstand auf, Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Partei nicht gegen den offensichtlichen Willen der Mehrheit der Landesverbände sowie wichtiger Bundesgremien zu treffen, sondern zuvor gemeinsame Lösungsmöglichkeiten anzustreben.*

*Begründung:*

- 1. Der Rostocker Bundesparteitag beauftragte auf Antrag der AG „Rote Reporter“ den Parteivorstand mit der Prüfung, ob die Herausgabe eines Mitgliedermagazins für die Gesamtpartei sinnvoll sei. Dieser Auftrag wurde nur einseitig umgesetzt, indem der Parteivorstand die Herausgabe eines solchen Magazins beschloss, ohne die Prüfung inhaltlich, politisch logistisch, finanziell abzuschließen. So wurden z. B. bereits vor jeglicher Beschlussfassung und Prüfung des Themas Personaleinstellungen vorgenommen und inhaltliche und organisatorische Vorentscheidungen getroffen.*
- 2. Die finanziellen Voraussetzungen dafür wurden durch den Bundesschatzmeister und durch den Bundesfinanzrat geprüft und abgelehnt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Mehrheit des Parteivorstandes ohne beschlossenen Plan und entgegen der Prüfungsergebnisse durch das Fachgremium Bundesfinanzrat Ausgaben tätigt.*
- 3. Es besteht keine Einigkeit zwischen Parteivorstand und Landesverbänden über ein Mitgliedermagazin. So haben sich in wiederholten Beratungen die Landesgeschäftsführer/innen, die Landesschatzmeister/innen, der Bundesfinanzrat gegen die Herausgabe eines Mitgliedermagazins ausgesprochen, ohne dass nicht zumindest die Prüfung unvoreingenommen und umfassend abgeschlossen wurde.*
- 4. Eine Reihe von Landesverbänden geben bereits eigene Mitgliederzeitungen im Monats- oder auch Quartalsrhythmus heraus. Dabei wurde z. B. in Thüringen ein langfristiger Vertrag bis 2014 mit einer Versandfirma geschlossen. Die Herausgabe einer weiteren Mitgliederzeitung ist hier der Mitgliedschaft nicht zu vermitteln – weder politisch noch inhaltlich – und seitens des Landesverbandes auch nicht anteilig finanzierbar. Der Beschluss des Parteivorstandes ist unvereinbar mit der Pflicht des Parteivorstandes, sparsam und effektiv mit den Mitteln der Partei umzugehen.*
- 5. Es ist grundsätzlich anzuzweifeln, ob die Freigabe einer Summe von 260.000 Euro für das Mitgliedermagazin im Jahr 2012 ohne beschlossenen Gesamtfinanzplan des Parteivorstandes statuarisch rechtmäßig ist.*

*Aus den genannten Gründen bitten wir den Bundesausschuss um zügige Bearbeitung und Entscheidung.*

In diesem Zusammenhang verweist der Landesvorsitzende auf ein Treffen des Geschäftsführenden Landesausschusses mit dem Vorstand der Landtagsfraktion. Hierbei wurde u.a. vereinbart, ein Kommunikationskonzept für die Landespartei zu erarbeiten.

Der Landesgeschäftsführer berichtet über die beantragte Zulassung der LAG Innerparteiliche Kommunikation.

Im Gründungsantrag heißt es: „Die LAG hat sich auch die Aufgabe gestellt, den Landesvorstand bei seinen Bemühungen um eine Mitgliederzeitung zu unterstützen. Sie will an einer Mitgliederzeitung dann auch organisatorisch und redaktionell mitarbeiten.“.

Der Landesvorstand beauftragt den Landesgeschäftsführer diesbezüglich mit einem Antwortschreiben, in welchem über die derzeit klare Beschlusslage innerhalb des LV hingewiesen wird. Außerdem hat der Landesparteitag im August ein weiteres Verfahren bezüglich des Themas festgelegt (Basiskonferenz und in Auswertung dieser ggf. Beschlussfassung auf weiterem LPT).

Vorschläge und Anregungen zur Basiskonferenz werden gern entgegengenommen – es liegt bereits ein Vorschlag aus dem Landkreis Rostock bezüglich des Veranstaltungsortes vor.

N. Ober-Blöbaum berichtet über die nunmehr abgelaufene Legislaturperiode des Landesausschusses sowie über die vergangene Sitzung in der letzten Woche. Hier wurde u.a. der Finanzplan für das Jahr 2012 beschlossen.

Dem Landesvorstand liegt ein Brief aus der BO Strasburg vor, welcher durch den Landesvorsitzenden direkt mit dem Angebot eines persönlichen Gespräches beantwortet wird.

Nach entsprechenden Diskussionen werden folgende Beschlüsse gefasst:

### ***Mitgliederentscheid***

*Nach Abwägung der Vor- und Nachteile eines Mitgliederentscheides zur Besetzung der Position der beiden Parteivorsitzenden beschließt der Landesvorstand, einen Mitgliederentscheid mit folgender Fragestellung: „N.N. wird dem Parteitag zur Wahl als Parteivorsitzende vorgeschlagen“ zu fordern.“ Der Landesvorstand geht davon aus, dass analog zur Wahlordnung jedes Mitglied maximal zwei Stimmen hat und unter Beachtung der Mindestquotierung höchstens einen männlichen Bewerber ankreuzen darf.*

*Der Landesvorstand beauftragt den Landesvorsitzenden, gemeinsam mit weiteren Landesvorsitzenden- und sprecherInnen die Kriterien an den Parteivorstand heranzutragen und aktiv an deren Umsetzung zu arbeiten.*

### ***Begründung:***

*Wir halten den Mitgliederentscheid für das höchste demokratische Mittel, welches der Partei DIE LINKE zur Verfügung steht. Wenn ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft einen solchen Mitgliederentscheid zur Wahl des Parteivorsitzenden einfordert (was erforderlich ist nach § 8 Bundessatzung) und ein solcher Mitgliederentscheid auf den Weg gebracht wird, sollten alle*

*gemeinsam dafür sorgen, dass ein transparentes und faires Verfahren im Wahlkampf um den Parteivorsitz gefunden wird. Dafür wird sich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern aktiv einsetzen.*

*Wir, der Landesvorstand der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen einen Mitgliederentscheid zur Wahl der Parteivorsitzenden und halten es für richtig, wenn die Mitgliedschaft über diese prinzipielle Ausrichtung der Partei mitentscheidet.*

### ***Berufung AG Personal***

*Mit Blick auf die Entwicklung der Partei auf Bundesebene sowie auf die im Land Mecklenburg-Vorpommern ins Haus stehenden Anforderungen sind langfristig Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, um personalpolitisch qualitativ und quantitativ gut aufgestellt zu sein.*

*Dabei geht es um :*

- die Neu- oder Wiederbesetzung von innerparteilichen Stellen auf Bundesebene (Partei Vorstand und Bundesausschuss), Landesebene (Landesvorstand, Landesausschuss, Finanzrevisionskommission, Schiedskommission, Kreis- und Ortsvorstände, KreisgeschäftsführerInnen),*
- die langfristige Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013 (Direkt- und ListenkandidatInnen, MitarbeiterInnen in der BTF, WahlkreismitarbeiterInnen), der Kommunalwahlen 2014 (KandidatInnen für Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen, BürgermeisterkandidatInnen, GeschäftsführerInnen der Fraktionen) sowie*
- die langfristige Vorbereitung der Landtagswahlen 2016 (Direkt- und ListenkandidatInnen, wissenschaftliche und technische MitarbeiterInnen der Fraktion, WahlkreismitarbeiterInnen).*

*Erfolgen muss eine Bestandsaufnahme aller Personen, die mit ihrem Auftreten und Agieren eine Gewähr dafür bieten können, dass sie an sie herangetragene Funktionen politisch integer und fachlich versiert ausfüllen können. Ziel ist die Erstellung und Verwaltung eines Personalpools, der für die Partei zur Verfügung steht.*

*Zur Entwicklung einer langfristigen Personalstrategie gehört neben dem Aufbau bzw. der Erweiterung des Personalpools eine auf die jeweiligen Bedingungen angepasste Aus- und Weiterbildungsstrategie. Als PartnerInnen sind hierfür u.a. die Landesgruppe M-V in der Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion (PraktikantInnen u.ä.) sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung (StipendiatInnen) und das "kommunalpolitische forum" zu gewinnen.*

*Der AG Personal gehören an:*

<i>H. Bluhm</i>	<i>stellv. Landesvorsitzende (Leiterin)</i>
<i>G. Buchholz</i>	<i>Landesschatzmeisterin/AG Struktur</i>
<i>N.N.</i>	<i>die Präsidentin/der Präsident Landesausschuss 2012-2013</i>
<i>E. Schoenfelder</i>	<i>Kreisvorsitzende</i>
<i>W. Brüdgam-Pick</i>	<i>Junge Fraktion</i>
<i>N.N.</i>	<i>linksjugend [ ´solid]</i>
<i>K. Spieß</i>	<i>Landesgeschäftsführer</i>
<i>P. Ritter</i>	<i>Landtagsfraktion</i>

*Beschluss: Der Landesvorstand stimmt der Vorlage zu. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates wird gesichert.*

### ***Einberufung der 2. Tagung des 3. Landesparteitages DIE LINKE. M-V***

*Die 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE wird für den 03. März 2012 einberufen.*

*Der Parteitag berät u.a. über*

- *aktuell-politische Fragen;*
- *europapolitische Fragen;*
- *Satzungsänderung;*
- *Auflösung und Neubildung von Kreisverbänden.*

*Des Weiteren wählt der Landesparteitag die Mitglieder des Bundesausschusses aus unserem Landesverband (2 Frauen / 2 Männer zzgl. mögliche Ersatzmitglieder) für die Kalenderjahre 2012-2013.*

*Antragschluss ist der 04. Februar 2012, 12.00 Uhr (Zustellfrist).*

*Beschluss:*

- 1. Der Landesvorstand beruft die 2. Tagung des 3. Landesparteitages ein.*
- 2. Die Landesgeschäftsstelle sichert die Realisierung des Beschlusses und informiert die entsprechenden Gremien.*

### ***Zur Behandlung von Überschüssen und Kreisfinanzausgleich***

*Zur Finanzierung ihrer politischen Arbeit wendet die Partei DIE LINKE das Prinzip der Eigenfinanzierung an. Das heißt: Die laufenden Ausgaben sind durch die auf der jeweiligen Gliederungsebene zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken.*

*Kreisverbände, die ihre notwendigen Ausgaben zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben und zur Deckung von Organisations- und Personalstrukturen nicht aus eigenen Mitteln decken können, erhalten finanzielle Zuschüsse in Form eines „Kreisfinanzausgleiches“.*

*Der Landesvorstand beschließt:*

- 1. Nur Kreisverbände, die einen Überschuss erwirtschaftet haben (z.B. durch erhöhtes Spenden- und Beitragsaufkommen), können diesen in einem Fonds anlegen, der ihnen in den Folgejahren zur freien Verfügung steht.*
- 2. Bei Kreisverbänden, die einen Überschuss erwirtschaftet haben, die aber gleichzeitig finanzielle Mittel aus dem Kreisfinanzausgleich erhalten, werden diese Überschüsse mit dem KFA verrechnet.*

### ***Zur Behandlung von Verbindlichkeiten des Kreisverbandes Rügen***

*Zur Finanzierung ihrer politischen Arbeit wendet die Partei DIE LINKE das Prinzip der Eigenfinanzierung an. Das heißt: Die laufenden Ausgaben sind durch die auf der jeweiligen Gliederungsebene zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken.*

*Der Kreisverband Rügen war stets bemüht, die notwendigen Mittel zur Deckung von Organisations- und Personalstrukturen selbst zu erwirtschaften. Das durchschnittliche Beitragsaufkommen im Jahr 2010 betrug 14,12€/Mitglied und Monat. Im laufenden Jahr beträgt es 13,69 €/MM.*

*Mit ihrem Spendenaufkommen und Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen befindet sich der Kreisverband im mittleren Bereich des Landesdurchschnitts.*

*Der Kreisverband Rügen hat im Jahr 2009 einen KFA in Höhe von 1,740,- € erhalten und für die Jahre 2010/2011 keine Ausgleichszahlungen aus dem Kreisfinanzausgleich beantragt.*

*Dennoch betrug der finanzielle Fehlbetrag, d.h. die Verschuldung gegenüber dem Landesverband bis zum Jahr 2010 = 7.713,01 €. Im Jahr 2011 ist ein negatives Saldo von bisher 4.720,20 € entstanden.*

*Um die Fusionsbemühungen der Kreisverbände Rügen, Nordvorpommern und Stralsund zu unterstützen, beschließt der Landesvorstand:*

- 1. Mit dem Fusionsbeschluss vom 19.11.2011 wird der Kreisverband Rügen entschuldet, indem die bestehenden Forderungen an den Landesvorstandes erlassen werden.*
- 2. Die Höhe der Gutschrift beträgt 7.713,01 € für das Jahr 2010. Die genaue Summe für 2011 wird mit dem Jahresabschluss 2011 festgestellt.*

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am 21.01.2012 um 10:00 Uhr in Rostock statt. Inhaltlicher Schwerpunkt wird das Konzept „DIE LINKE 2020“ sein.

Der Landesvorstand wünscht allen Genossinnen und Genossen sowie deren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein gesundes Jahr 2012.

Weitere Termine:

16.12.2011	11.00 Uhr, Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“, Kundgebung vor der Staatskanzlei in Schwerin
05.01.2012	Neujahrsempfang von Partei und Fraktion in Schwerin – Start der Volksinitiative Mindestlohn
13.01.2012	Beratung der Kreisgeschäftsführer, Rostock
21.01.2012	Tagung des Landesvorstandes, Rostock

Ausführliche Informationen zu Terminen im Internet unter [www.die-linke-mv.de](http://www.die-linke-mv.de)